

Vom Interessenvertreter zum Minister

Die Nominierung von Pierre Gramegna als neuer Finanzminister erhitzt bereits die oppositionellen Gemüter

Die Personalie Pierre Gramegna wurde in der Öffentlichkeit mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Dass der Generaldirektor der Handelskammer in der neuen blau-rot-grünen Regierung Finanzminister werden soll, war am vergangenen Freitag durchgesickert und wurde von Formateur Xavier Bettel bereits bestätigt. An der fachlichen Eignung des Generaldirektors der Handelskammer bestehen wenig Zweifel. Vielmehr wird dessen Vergangenheit als prominenter Vertreter der Arbeitgebersseite kritisiert.

So formuliert Gast Gibéryen von der ADR gewisse Zweifel an der politischen Ausrichtung des kommenden Finanzministers. Der designierte Finanzminister habe bisher klar und unmissverständlich für die Interessen der Arbeitgeber gestanden, so Gibéryen. Er hoffe, dass Gramegna sich bewusst ist, dass man als Minister „für alle Bürger und alle gesellschaftlichen Schichten“ gleichermaßen eintreten müsse. „Falls nicht, ist der soziale Frieden im Land in Gefahr“, prophezeit Gibéryen. Zudem wundert sich der

ihn, auch wenn wir unterschiedliche Einstellungen haben.“ Allerdings droht der Gewerkschaftsführer auch schon mit Widerstand: „Kommt es zu sozial unge-rechten Maßnahmen, wird sich der OGBL entschlossen dagegen wehren – ganz gleich welcher Minister dafür verantwortlich ist.“

Klare politische Ausrichtung

Gramegna vertrat in seiner aktuellen Funktion in der Tat immer eine klare politische Linie. Man würde es „klare marktwirtschaftliche Kante“ nennen. Bei einem seiner letzten großen Auftritte als Generaldirektor der Handelskammer hatte Gramegna im Namen seiner Organisation die Sozialtransfers unter die Lupe genommen. Auf „wort.lu“ findet sich eine ausführliche Analyse dazu („Was will Pierre Gramegna?“). Dabei sprach der kommende Finanzminister von einem Einsparungspotenzial von „mehreren hundert Millionen Euro“. Dies sei durch eine „ehrlische und detaillierte Neuorganisation der Sozialtransfers“ machbar, so Gramegna damals.



Der kommende Finanzminister Pierre Gramegna: eine Personalie mit großer politischer Aussagekraft. (FOTO: A. ANTONY)

ADR-Abgeordnete darüber, dass sich offensichtlich kein Politiker aus den Parteien dieses Schlüsselressort zutraue. Er habe jedenfalls „mehr Mut zur Gestaltung“ seitens der DP-Spitzenleute Bettel und Meisch erwartet.

Vonseiten der größten Oppositionspartei CSV war keine Stellungnahme zu erfahren. Die Fraktion will sich erst zur neuen Regierung äußern, wenn deren Programm komplett vorliegt. Die Gewerkschaften bringen sich indes schon einmal in Stellung. OGBL-Präsident Jean-Claude Reding sagt zwar über die Person Gramegna: „Ich schätze

Im Nachhinein liest sich der Maßnahmenkatalog der Handelskammer, den Gramegna rund zwei Wochen vor den Wahlen präsentierte, wie ein Programm für eine sozialpolitische Mammutfreform. Die Handelskammer riet etwa zu budgetären „Anpassungen“ beim garantierten Mindesteinkommen (RMG), beim Kindergeld oder bei der Mutterrente. Allerdings solle man dabei auch nach dem Prinzip der „sozialen Selektivität“ vorgehen. Das heißt, man solle etwa bei den Familienhilfen stärker das Einkommen der Hilfeempfänger berücksichtigen und dementsprechend staffeln. Zudem sollte man ganz generell „alle staatlichen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen“.

Dies deckt sich übrigens mit dem gestern Abend doch noch veröffentlichten Koalitionsprogramm. Eigentlich wollten die Koalitionäre ihr Programm ja der breiten Öffentlichkeit bis zum Dienstag vorenthalten. Allerdings werden die Autoren des Dokuments nicht annähernd so konkret wie der Maßnahmenkatalog der Handelskammer. (Cbu)